

PRESSEMITTEILUNG

Nr.: 203
Thema: Zentrum gegen Vertreibungen

Redaktion: Frank Hufnagel
Datum: 02.07.2005

WANSNER: ‚ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN‘ GEHÖRT NACH BERLIN

Berliner SPD und PDS blockieren Aufarbeitung von europäischer Geschichte

„Die Berliner CDU-Fraktion verurteilt Pläne der Berliner SPD und PDS, ein ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ in Berlin zu verhindern, aufs Schärfste. Dies läuft der Absicht zuwider, menschliche Tragödien im und nach dem Zweiten Weltkrieg aufzuarbeiten und das Leid der Vertreibungen zu dokumentieren.“ Das sagte heute der migrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Kurt WANSNER**. Beide Regierungsfractionen wollten nach seinen Angaben nach der Sommerpause einen entsprechenden Antrag gegen die Aufarbeitung europäischer Geschichte ins Abgeordnetenhaus einbringen.

Wansner weiter: „Das ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ ist ein wichtiger Bestandteil für die Versöhnung gerade zwischen Polen und uns Deutschen. Dieses Zentrum leistet einen wesentlichen Beitrag für die Aufarbeitung völkerrechtswidriger Vertreibung von Menschen aus aller Welt. Mögliche Sorgen unserer osteuropäischen Nachbarn werden bei der Umsetzung des Zentrums mit berücksichtigt. Deshalb sind sie unbegründet.“

Der CDU-Politiker aus Friedrichshain-Kreuzberg kündigte an, den Bund der Vertriebenen und dessen Vorsitzende, Erika Steinbach, bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück in Berlin zu unterstützen. In Frage käme der ehemalige Luftschutzbunker an der Fichtestraße in Kreuzberg, der Flüchtlingen nach dem Zweiten Weltkrieg als Unterkunft gedient habe. Dieser Standort würde den Bezirk enorm aufwerten und werde von der großen Mehrheit der Anwohner und Gewerbetreibenden befürwortet.